

Antrag zur Einsetzung einer „PUK KEBA“

Die SVP Aarau-Rohr beantragt dem Einwohnerrat die Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses (Untersuchungskommission), um die Ereignisse rund um das «KEBA-Debakel» zu untersuchen. Sämtliche Erkenntnisse und Untersuchungsergebnisse sollen zuhanden des Einwohnerrates transparent aufgearbeitet werden. Der Ausschuss soll aus Mitgliedern sämtlicher Fraktionen bestehen und paritätisch zusammengesetzt sein. Es soll geklärt werden, wie es zu dem «KEBA-Debakel» kommen konnte und welche Lehren für künftige Projekte zu ziehen sind.

Begründung

Das eigentliche Debakel begann bereits bei der Budgetierung. Ursprünglich wurde die Sanierung mit rund 17 Mio Franken veranschlagt. 2014 musste ein Nachtragskredit über 3.1 Mio Franken gesprochen werden. Bereits anlässlich der FGPK-Sitzung vom 3. Juni 2014 musste der Stadtrat einräumen, dass der Gesamtleistungswettbewerb «völlig missraten sei» und wichtige Vorabklärungen unterblieben seien (Protokoll FGPK S. 5 unten). Im Baugesuch zum Projekt wurden die falschen Öffnungs- und Betriebszeiten deklariert. Der Kanton soll den Stadtrat bereits 2012 auf diesen Fehler aufmerksam gemacht haben. Erst im Jahr 2016 wurde ein zweites Baugesuch gestellt.

Als anfangs 2013 die Baubewilligungen rechtskräftig wurden, wurde durch die Totalunternehmerin (TU), Priora AG Generalunternehmung die Arbeit an der Ausführungsplanung wieder aufgenommen». In der Botschaft an den Einwohnerrat vom 28. April 2014 zum Nachtragskredit führt die Stadtpräsidentin auf Seite 2 aus: «Durch Einwendungen, welche im Wesentlichen den Betrieb der Eis- und Trainingsfelder betrafen, wurde das Bauprojekt stark verzögert. - In der FGPK-Sitzung vom 3. Juni 2014 zum Nachtragskredit wurde der Stadtrat gefragt, was mit der Betriebsbewilligung geschehe, wenn das Projekt bedingt durch den Nachtragskredit verzögert werde. Der Stadtrat führte aus, «dass innerhalb von zwei Jahren Verzögerung keine neue Betriebsbewilligung nötig ist» (Protokoll FGPK, S. 6). Diese Auskunft war offensichtlich falsch. Zu diesem Zeitpunkt wusste der Stadtrat nach heutigem Kenntnisstand, dass er eine neue Bewilligung einzureichen hätte und zwar mit oder ohne Verzögerung.

In der Botschaft zur Urnenabstimmung vom 28. September 2014 zum Nachtragskredit erläutert die Stadtpräsidentin: «Durch Einwendungen, welche im Wesentlichen den Betrieb der Eisfelder und der Fussball-Trainingsfelder betrafen, wurde das Bauprojekt stark verzögert. Die Ausführungsplanungen sind inzwischen so weit vorangeschritten, dass einem Baustart grundsätzlich nichts mehr im Wege steht». Damit wurde suggeriert, die Einwendungen seien vom Tisch und die KEBA könne nach dem Bau wieder ordentlich betrieben werden.

Unter anderem wird es die Aufgabe einer PUK sein, die folgenden Fragen zu beantworten:

- **Wieso wurde die Problematik der Öffnungszeiten dem Einwohnerrat verschwiegen?**
- **Wurde die FGPK bewusst durch den Stadtrat getäuscht oder waren die Auskunftspersonen damals völlig ahnungslos?**
- **Im Vorfeld der Volksabstimmung über den KEBA-Kredit wusste der Stadtrat, dass er ein neues Baugesuch einreichen muss. Wurden diese Information den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bewusst vorenthalten?**

Wurden beim Bau ebenfalls Unterlassungen festgestellt? Falls ja: Wurden die Betreiber zu spät informiert. Stimmt es, dass die Bauleitung mehrfach ausgewechselt werden musste? Falls ja: Warum?

Hat das Controlling der Stadt Aarau versagt?

Werden die reduzierten Nutzungszeiten zu finanziellen Ausfällen führen? Ist ein Konkurs der KEBA zu befürchten?

Muss die Stadt Aarau mit Entschädigungsforderungen der Betreiber rechnen. Sind finanzielle Abgeltungen an die Einsprechenden vorgesehen (analog Bau Stadtmuseum). Wenn ja: In welcher Höhe werden zusätzliche Finanzmittel budgetiert werden müssen?

Wie hoch ist der bisherige finanzielle Schaden aus dem KEBA-Debakel für die Stadt?

Welche Lehren sind für künftige Grossprojekte zu ziehen? Wie lassen sich solche Planungs-Debakel in Zukunft verhindern?

Wieso wurde es unterlassen, nicht schon vor Jahren eine Einigung mit allen Einsprechenden zu erzielen.

Die SVP Aarau-Rohr ist sich bewusst, dass verschiedene Parteien in den Schlamassel involviert sind. Zum Wohle der Stadt Aarau und zur Verhinderung künftiger Fehlleistungen braucht es aber eine vollständige Aufklärung der Sachverhalte und wir bitten alle Parteien, ungeachtet deren Verstrickung und Verantwortung, eine PUK zu unterstützen.

Für die Einwohnerratsfraktion der SVP Aarau-Rohr

Beat Krättli

Aarau, 25.02.2017